



Dr. Thomas Gambke  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Büro Berlin**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon 030 227 – 71547  
Fax 030 227 – 76515  
E-Mail: thomas.gambke@bundestag.de

**Büro Niederbayern und Oberpfalz**

Regierungsstr. 545  
84028 Landshut

Telefon 0871 430 37 54  
Fax 0871 276 332 24  
E-Mail: thomas.gambke@wk.bundestag.de

---

## Pressemitteilung vom 28.08.2012

### Thomas Gambke, MdB zum Atomausstieg in Japan

*Anlässlich der anhaltenden Proteste in Japan gegen die Atomenergie und den Forderungen zum Einstieg in die Erneuerbaren Energien erklärt Dr. Thomas Gambke, MdB:*

Kürzlich erreichte mich der Bericht eines Freundes aus Japan:

„Auch bei uns ist der Sommer extrem heiß, richtig tropisch. Seit über zwei Wochen haben wir tagsüber 35 Grad, und nachts sind es immer noch mehr als 25 Grad. Interessant ist, dass der Strom (wie erwartet) allemal ausreicht, obwohl ja immer noch "nur" 2 Atommeiler von insgesamt 54 (!) am Netz sind. Gerade wurden Statistiken zur Auslastung der Netze für den Zeitraum Juli bis Mitte August veröffentlicht. Japanweit, und selbst in Kansai (der Region um die Großstadt Osaka) lag die Auslastung zu Peakzeiten unter 90%. Es ist ganz klar, dass auch im Kansai die Stromversorgung auch ohne die Zuschaltung der zwei AKWs nicht gefährdet gewesen wäre; selbst in engen Zeiträumen hätte es gereicht, Strom aus benachbarten Regionen (z.B. Nagoya) einzuspeisen. Zudem hat Kansai Electric Power mit der Wiederinbetriebnahme der beiden AKWs andere konventionelle Kraftwerke abgeschaltet, so dass deren Kapazität gar nicht in die Statistik einfließt. Also ist die Angst vor einem Blackout reine Panikmache und Erpressung seitens der Stromkonzerne.“

Das sieht in Deutschland ähnlich aus, immer wieder äußern sich die Manager der Großkonzerne über vermeintliche Blackouts. Richtig ist: Der Einstieg in die Erneuerbaren ist nicht mit dem Motto „Schaun wir mal“ zu bewältigen. Der Umweltminister Peter Altmaier hat gestern in einem Interview mit dem Deutschlandfunk in bemerkenswerter Offenheit die fehlende Organisation im eigenen Ministerium und in der Bundesregierung benannt.



Dr. Thomas Gambke  
Mitglied des Deutschen Bundestages

In Japan ist allerdings der Prozess der Energiewende noch weniger politisch abgesichert – auch wenn die japanische Regierung de facto mit der Abschaltung von 95% aller Atomkraftwerke viel schärfer eingegriffen musste, weil sich an vielen Stellen Sicherheitsmängel zeigten.

Die Bevölkerung in Japan verhält sich allerdings bemerkenswert: Vor allem die privaten Haushalte haben zum Beispiel in der Region Kansai mehr als 10 Prozent Strom eingespart, vor allem indem man die Klimaanlage etwas höher eingestellt hat. Natürlich auch mit dem Ziel, damit den Druck auf die japanische Regierung noch weiter zu erhöhen, das Wiederanlaufen von weiteren Atomkraftwerken zu verhindern und vielmehr ein Programm für Erneuerbare Energien aufzulegen.

Die japanische Regierung wollte eigentlich bis Ende August ihre neue Energiepolitik verabschieden. Hierzu hat das Industrieministerium drei Szenarien bis 2030 aufgestellt, die zwischen null und bis zu 30 Prozent Kernenergie vorschlagen; die erneuerbaren Energien sollen auf 30% - 35% ausgebaut werden. Hierzu fanden nun verschiedene Anhörungen statt, u.a. auch sog. Bürgerforen. Dort sprechen sich mehr als 70% der beteiligten Bürger für die 0% Option aus, viele wollen den sofortigen Atomausstieg. In weiteren von der Regierung organisierten Foren, in denen Bürger untereinander und mit "Experten" über die Kernkraft diskutieren durften, hat sich ebenfalls ein klarer Meinungstrend in Richtung Ausstieg bestätigt. Andererseits mobilisieren die Atomlobby und die Industrieverbände massiv dagegen. Es gibt Andeutungen, dass sich daher die Entscheidungsfindung hinauszögert, die Regierung also auf Zeit spielt. Sie will eventuell zunächst ein "Expertengremium" einberufen und auf dessen Vorschlag entscheiden. Dabei ist zu befürchten, dass die Bürgermeinung nach einem sofortigen Ausstieg nicht angemessen berücksichtigt wird.

Weil die Regierung mehr laviert als handelt, demonstrieren jeden Freitag Zehntausende Bürger vor dem Amtssitz des Premiers gegen die Kernkraft. Die Proteste halten weiter an - trotz massiver polizeilicher Einschränkungen.

Zu den Grünen: Die Parteigründung hat in Deutschland größere Beachtung in den Medien gefunden als in Japan. Im Fernsehen gab es kaum Berichte, und in den Zeitungen nur kurze Meldungen. Die Grüne Partei steht personell und finanziell (noch) auf sehr schwachen Füßen, und überzeugt programmatisch sicherlich nicht viele (ausgenommen beim Atomausstieg). In absehbarer Zeit können wir da keine großen Hoffnungen setzen. Die Hoffnung ruht also eher auf einer breiten und dauerhaften Ablehnung von Atomkraft durch die Bürgerinnen und Bürger in Japan.